

---

## **Anmassung von Macht: Wissenschaft als Politikersatz**

Stefan Kooths

Mit der Parole «Hört auf die Wissenschaft!» hat sich die politische Kultur weiter polarisiert. Was ursprünglich den Diskurs versachlichen sollte, ist ins Gegenteil umgeschlagen. Statt einer Verwissenschaftlichung der Politik kam es zunehmend zu einer Politisierung der Wissenschaft mit erheblichem Flurschaden auf beiden Seiten. Das kann kaum überraschen, werden hier doch zwei Sphären miteinander vermischt, die jeweils ganz anderen Mechanismen folgen.

Ist das Problem in einzelnen Themenbereichen schon gravierend genug (Pandemie, Klimawandel), so drohte es die freiheitliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben, wenn die Wissenschaft als Herrschaftsinstrument zum allgemeinen Prinzip erhoben würde, um das soziale Gefüge in kollektivistisch-konstruktivistischer Weise zu gestalten. Die Gefahr ist nicht neu, aber nur mühsam zu bändigen. Nährt doch der technische Fortschritt und jede grosse Krise den Glauben an eine heilsbringende Expertokratie.

### **Wissenschaft klammert Werturteile aus, ...**

Die wissenschaftliche und die politische Sphäre unterscheiden sich in vielerlei Hinsichten (Abbildung 1). Das beginnt bereits mit der Zielsetzung. In der Wissenschaft geht es um Erkenntnis im Sinne von intersubjektiv nachvollziehbarem Wissen. Wissenschaft soll Wissen schaffen, wobei praktische Relevanz und moralische Aspekte

aus wissenschaftlicher Sicht keine belangvollen Kriterien sind (erst mit dem Ge- bzw. Missbrauch von Wissen macht sich der Mensch durch sein Handeln rechen-schaftspflichtig). Im Kern geht es um die Befriedigung der menschlichen Neugier nach einer systematischen Erklärung für alles, was sich Menschen über ihre Welt fragen können.

Paradigmen können hierbei als grundsätzliche Vorgehensweisen hilfreich sein, stellen ihrerseits aber keine Werturteile dar, sondern müssen sich – wie alles andere in der Wissenschaft – danach beurteilen lassen, ob sie dem Erkenntnisprozess nützen oder im Wege stehen. Wissenschaftliche Paradigmen sind daher – wenn auch mühsamer und meist nur über längere Zeiträume hinweg – ebenfalls grundsätzlich falsifizierbar, und sie werden dadurch überwunden, dass das Festhalten an unbrauchbaren Paradigmen – wie Walter Eucken es formuliert hat – «durch Misserfolge bestraft wird».

#### **Wissenschaft**

- Erkenntnis (positiv)
- Paradigmen
- Ursache-Wirkung (Verstehen)
- Komplexitätsreduktion
- Mainstream/offene Fragen
- „Organisierte Skepsis“ (R. Merton)
- **Diskurs** ⇔ **Hypothesen**

#### **Politik**

- Wollen (normativ)
- Werte
- Instrumenteneinsatz (Gestalten)
- Multiple Ziele/Interessenausgleich
- Mehrheitsprinzip
- Organisierte Interessen
- **Diskurs** ⇔ **Entscheidungen**

*Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen*

**Abbildung 1: Wissenschaft vs. Politik**

Bei der Suche nach Wahrheit (im Sinne von zutreffenden Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen) steht der Mensch einer für ihn zunächst überwältigenden Komplexität gegenüber. Diese zunächst in kleinere Fragebereiche aufzulösen und nicht alles aus einem Guss beantworten zu wollen, stellt eine bislang äusserst erfolgreiche Forschungsstrategie dar. Auch die Aufteilung der Wissenschaft in verschiedene Disziplinen fällt darunter, wobei auch innerhalb der Disziplinen die Komplexitätsreduktion meist radikal vorangetrieben werden muss, um zu (vorläufig) gesicherten Aussagen zu gelangen.

Typischerweise bildet sich auf den verschiedenen Wissensfeldern ein Mainstream heraus, der den weitgehend geteilten Erkenntnisstand widerspiegelt. Die Existenz eines «Mainstreams» impliziert jedoch bereits, dass weiterhin abweichende Auffassungen bestehen, insbesondere deshalb, weil bestimmte offene Fragen nicht vollbefriedigend gelöst sind und daher ein übergreifender Konsens noch aussteht.

Das permanente Infragestellen des Forschungsstandes macht den Wesenskern der Wissenschaft aus, die deshalb mit Robert K. Merton auch als «organisierte Skepsis» bezeichnet werden kann, um im Diskurs zu möglichst immer besseren Hypothesen zu gelangen. Dabei kommen die Fortschritte regelmässig aus einer Auseiterposition heraus, die den jeweils vorherrschenden Mainstream herausfordert und ihm eine neue Richtung geben. Das war mit Einsteins Relativitätstheorie in der Physik nicht anders als mit Mengers 180-Grad-Drehung der Wertlehre als Nukleus der modernen Wirtschaftswissenschaft.

---

### ... die in der Politik das prägende Element sind

In der Politik geht es demgegenüber um die Gestaltung des sozialen Miteinanders im Sinne der *res publica*. Während in der Wissenschaft die Frage gestellt wird, warum die Welt so aussieht, wie sie aussieht, geht es in der Politik darum, wie sie aussehen sollte. Hierbei spielen Werturteile eine wesentliche Rolle, über die – anders als bei wissenschaftlichen Hypothesen – via Falsifikation prinzipiell kein Konsens herbeigeführt werden kann. Das beginnt schon damit, was überhaupt Gegenstand politischen Handelns sein soll.

Politik nutzt die Wissenschaft, indem sie die dort erkannten Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge durch einen entsprechenden Instrumenteneinsatz für ihre Gestaltungsaufgabe einsetzt. Mit der Anwendung von Wissen begibt sie sich aber zugleich auf den Boden des moralisch Begründungspflichtigen.

Mehr noch: Während sich die Wissenschaft durch Spezialisierung auf kleine Ausschnitte der Wirklichkeit beschränken kann, um darüber eindeutige Aussagen zu machen, sieht sich die Politik praktisch immer multiplen, nichtharmonischen Zielen gegenüber, die «Trade-offs» im Sinne eines Interessenausgleichs erfordern. Dem kann die Politik nicht ausweichen, weil sie Entscheidungen treffen muss, die das Leben individueller Akteure zwangsläufig in unterschiedlichem Masse betreffen. Mögliche «Spillovers» können dabei nicht einfach «annahmegemäss ausgeschaltet» werden, wie es Wissenschaftler mit einer «*ceteris paribus*»-Klausel vermögen, um den Problembereich so einzugrenzen, dass er sich mit den verfügbaren Methoden lösen lässt.

Bei diesem Abwägungsprozess bleibt die Politik weitgehend auf sich gestellt. Der politische Diskurs wird daher um Mehrheiten geführt, mit denen schliesslich Entscheidungen getroffen werden, die im Rahmen der Rechtsordnung verbindlich sind. Dabei prallen organisierte Interessen aufeinander, die nicht nach Wahrheit, sondern nach Einfluss streben.

### **Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen**

Es gibt keine wissenschaftliche Disziplin, die der Politik die Aufgabe der Interessenabwägung im konkreten Anwendungsfall abnehmen könnte. Neben allgemeinen Leitlinien für das staatliche Handeln kann die Wissenschaft im Konkreten nur ihre Spezialkompetenz geltend machen. So mag ein Epidemiologe hinreichend genau zeigen können, wie Schulschliessungen unter bestimmten Bedingungen das Infektionsgeschehen dämpfen. Zugleich mögen Pädagogen und Psychologen zeigen können, mit welchen Bildungsverlusten und psychologischen Schäden dann bei den Schülern zu rechnen ist. Ökonomen können wiederum die durch häusliche Kinderbetreuung bedingten Arbeitsausfälle bestimmen und entsprechende Wohlstandsverluste abschätzen. Eine wissenschaftliche Begründung für oder gegen Schulschliessungen als Mittel zur Infektionsabwehr vermag aber keine dieser Disziplinen zu liefern, weil es hierzu Werturteile bedarf, die ausdrücklich nicht Teil der Wissenschaft sein können.

Die Forderung nach evidenzbasierter Politik kann immer nur für die jeweiligen Einzelbereiche erhoben werden (und sollte es auch), niemals aber für die Gesamtscheidung. Wissenschaft kann dazu beitragen, die

---

verschiedenen Auswirkungen einer politischen Intervention vorab möglichst gut aufzuzeigen, so dass die «Trade-offs» klar zu Tage treten. Die Gesamtbewertung wird aber der Mehrheitsentscheidung im Rahmen der rechtlichen Ordnung vorbehalten werden müssen und kann sich niemals ihrerseits auf wissenschaftliche Evidenz berufen.

Wird die politische von der wissenschaftlichen Sphäre nicht sauber getrennt, gerät vieles in Unordnung. Politiker neigen dazu, sich hinter «der Wissenschaft» zu verstecken, um damit zugleich Verantwortlichkeit auf diese abzuwälzen. Sobald aber politische Entscheidungen als «wissenschaftlich erforderlich» geframt werden, eskaliert der politische Diskurs. Denn dann treten nicht mehr verschiedene Werte und Interessen gegeneinander an, sondern es steht vermeintlich die wissenschaftliche «Wahrheit» gegen die «unwissenschaftliche» Lüge. Wahr steht gegen falsch, gut steht gegen böse. Wer sich den so geframten Mehrheitsbeschlüssen widersetzt, ist nicht einfach nur in der Minderheit, sondern wird zum Wissenschaftsleugner. Im Extremfall exekutiert eine solche Politik nur noch «alternativlose» Entscheidungen.

Nicht nur das Funktionieren des politischen Prozesses wird dadurch untergraben, auch die Wissenschaft leidet unter dieser Überforderung. Widerspruch von Aussenseitern aus Zweifel am Mainstream – das Lebenselixier der Wissenschaft – droht nunmehr als gemeinwohlschädliche Zersetzung der richtigen Politik missverstanden zu werden. Die dabei entwickelte Wucht zeigt sich eindrucksvoll darin, dass selbst einst noble Etiketten wie «Querdenker» oder «Versteher» kurzerhand untergeflügt und in ihr Gegenteil verdreht werden.

Hat sich die Politik erst einmal auf bestimmte, vermeintlich wissenschaftlich unverrückbare Positionen festgelegt, lenkt dies alsbald meist auch die Finanzierungsströme im öffentlichen Wissenschaftsbetrieb. So kann sich die Politik die Richtigkeit ihrer «wissenschaftlich geleiteten» Entscheidungen immer wieder aufs Neue «wissenschaftlich» bestätigen lassen.

### Taxis: Menschen als (Verfügungs-) Masse

Das Ansinnen, Politik in einem Gestaltungsanspruch angewandter Wissenschaft aufgehen zu lassen, gewinnt nochmals eine andere Qualität, wenn es nicht bloss um die Bewältigung spezifischer Probleme (Pandemie, Klimawandel), sondern um den Zuschnitt des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems geht. Dabei steht nicht nur die individuelle Freiheit auf dem Spiel, sondern die Zivilisation selbst. Vor diesen Gefahren haben liberale Sozialphilosophen wie Karl Popper (*Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Das Elend des Historizismus*) und Friedrich A. von Hayek (*Missbrauch und Verfall der Vernunft, Die Verfassung der Freiheit*) immer wieder gewarnt.

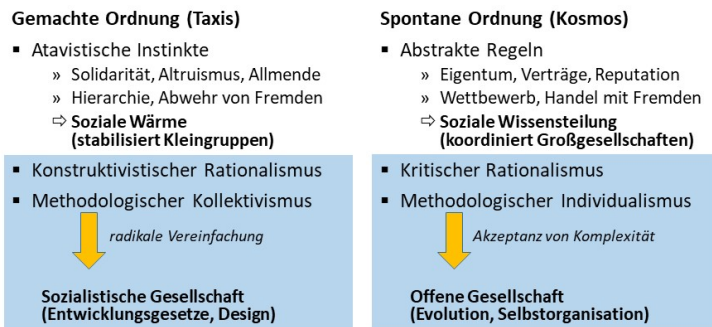


Abbildung 2: Soziale Koordinationssysteme: Taxis vs. Kosmos

---

Wegbereiter für einen vermeintlich wissenschaftlich-fundierten, tatsächlich aber völlig überzogenen staatlichen Gestaltungsanspruch ist ein an den Naturwissenschaften orientiertes Verständnis der Sozialwissenschaften, das Hayek als Szientismus geisselte. Menschen werden dabei als blosse Elemente grösserer Kollektive aufgefasst. Sie zählen nicht als einzigartige Akteure mit jeweils eigenen Präferenzen und individuellen Fähigkeiten, sondern stellen als Individuum lediglich ein Bündel verschiedener Gruppenmerkmale dar, aus denen sich ihre Eigenschaften und sozialen Verhaltensweisen vollständig beschreiben lassen.

Menschliche Diversität wird so auf ein Minimum eingedampft, und die für die sozialwissenschaftliche Analyse relevanten Eigenschaften und Verhaltensweisen der individuellen Akteure erklären sich nur über ihre Gruppenzugehörigkeit.<sup>1</sup> Damit fallen sie als Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts aus. Diese werden vielmehr in überindividuellen (man könnte auch sagen: übermenschlichen) gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen gesehen, denen es durch systematische Beobachtungen (ähnlich den Naturgesetzen in den Naturwissenschaften) auf die Spur zu kommen gilt.

Das Pendant zum naturwissenschaftlichen Ingenieur bildet in der Politik der Sozialingenieur, der unter Ausnutzung bekannter sozialwissenschaftlicher Gesetzmässigkeiten das gesellschaftliche Leben so formiert, dass es einem Idealstaat möglichst nahekommt. Einen solchen, durch gezielte Setzung ersonnenen Gesellschaftsentwurf, bei dem methodologischer Kollektivismus

---

<sup>1</sup> So ist ein Arbeiter vor allem Mitglied der Arbeiterklasse (mit den diesem Kollektiv zugeschriebenen Eigenschaften) und sonst weiter nichts, ähnlich austauschbar wie H<sub>2</sub>O-Moleküle im Wasser (kennt man eines, kennt man alle).



---

mus und konstruktivistischer Rationalismus (in der Tradition von Descartes, Hobbes, Comtes et al.) Hand in Hand gehen, hat Hayek als Taxis bezeichnet (Abbildung 2, linke Spalte) und auf zweifache Weise zu Recht scharf kritisiert.

Zum einen ist der methodologische Kollektivismus den Sozialwissenschaften als Vorgehensweise nicht adäquat und auch in sich widersprüchlich. Bewegungsgesetze von Kollektiven oder anderen Aggregaten beobachten zu wollen, setzt diese bereits als Konstrukt einer Theoriebildung voraus. Sie sind selbst keine reale Erscheinung, die – ähnlich wie die Vorkommnisse in der Natur – der menschlichen Beobachtung intersubjektiv in gleicher Weise zugänglich wären.

Zum anderen entzündet sich Hayeks Kritik an den konstruktivistischen Gestaltungsansprüchen, die ein zentralplanerisches Wissen voraussetzen, das weit über jedes menschliche Mass hinausgeht. Die radikale Verdichtung der Gesellschaft in wenige Kollektive schafft dabei eine vermeintliche Übersichtlichkeit, die zu einem Gestaltungsglauben verleitet, der an der tatsächlichen sozialen Komplexität nur scheitern kann.

### **Kosmos: Individuelle Freiheit und soziale Entwicklungsoffenheit**

Der Vorstellung einer nach menschlichem Entwurf gestalteten Ordnung stellt Hayek das Konzept der «spontanen Ordnung» gegenüber (Abbildung 2, rechte Spalte). Seine Erklärung gesellschaftlicher Phänomene stützt sich dabei auf den methodologischen Individualismus (Schumpeter, aufbauend auf Menger), wonach die Sozialwissenschaften ihre kleinste unabhängige Beobach-

---

tungseinheit in den individuellen Akteuren finden. Deren Handeln als Mitteleinsatz im Streben nach besseren Lebensumständen ist intersubjektiv nachvollziehbar und nur durch das Anerkennen subjektiver Werte (individuelle Präferenzen) überhaupt der wissenschaftlichen Analyse zugänglich. Ludwig von Mises meinte dazu: «Durch ihren Subjektivismus wird die moderne [Wert-] Theorie objektive Wissenschaft». Die Aggregation von individuellen Präferenzen geht demgegenüber mit analytischen Willkürakten einher. Daher können Kollektive oder andere Aggregate selbst keine Akteure und demzufolge auch nicht der Ausgangspunkt der Sozialwissenschaften sein.

Soziale Strukturen bilden sich in der spontanen Ordnung evolutionär durch Interaktion der verschiedenen Akteure heraus. Institutionen (Sitten, Gebräuche, Regeln), die sich im Sinne einer für die Beteiligten vorteilhaften sozialen Koordination bewähren, bleiben bestehen, andere werden aufgegeben, wobei Pioniere immer wieder neue institutionelle Arrangements entdecken, die dann erneut im «Trial-and-error»-Verfahren erprobt werden.

Auf diese Weise entstehen im Laufe der Zeit Institutionengefüge, die niemand gezielt geplant hat und die demnach das «result of human action, but not the execution of any human design» (Ferguson) sind. Dies meint Hayek mit dem Begriff der spontanen Ordnung. «Spontan» nicht im Sinne von plötzlich, sondern im Sinne evolutionären Entstehens durch soziale Interaktion.

Hierzu korrespondiert mit dem kritischen Rationalismus (in der Tradition von Hume, Smith, Popper et al.) eine Haltung, die angesichts der enormen Komplexität im sozialen Gefüge den menschlichen Planer ausser-

---

stande sieht, eine Ordnung zu entwerfen, die der sich evolutionär herausbildenden Ordnung in ihrer Leistungsfähigkeit auch nur im Entferntesten nahekommen könnte. Allenfalls lässt sich wissenschaftlich erforschen (rekonstruieren), warum sich bestimmte Institutionen durchgesetzt haben und andere nicht.

Der kritische Rationalismus in Kombination mit dem methodologischen Individualismus beinhaltet mit der Akzeptanz sozialer Komplexität zugleich eine Absage an historische Entwicklungsgesetze. Die spontane Ordnung bezeichnet vielmehr eine offene Gesellschaft, wobei «offen» entwicklungs offen meint. Sie ist in ihrer weiteren Entwicklung nicht determiniert, jedenfalls nicht in einer Weise, die der menschlichen Erkenntnis zugänglich wäre.

Für das Wirtschaftssystem korrespondiert die spontane Ordnung mit einer Marktwirtschaft – also tauschwirtschaftlichem Wettbewerb –, in der das freie Preissystem für die Koordination der Akteure eine überragende Rolle spielt. Die Überlegenheit freier Märkte gegenüber zentralplanerischen Wirtschaftsformen rührt daher, dass das für ökonomisches Handeln relevante Wissen über alle am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Akteure verteilt ist. Über Marktpreissignale wird dieses lokale, situative und personell gebundene Wissen in ein universelles Informationssystem eingespeist, das alle Beteiligten weltumspannend über Gewinn- und Verlustsignale dezentral koordiniert.

Auf dem Weg zum heutigen Wirtschaftssystem sind mit dem Tauschhandel, dem Privateigentums und dem Geld – um nur einige Meilensteine zu nennen – fortwährend neue Institutionen entdeckt worden, von denen

---

zu Beginn niemand auch nur ahnen konnte, welche Bedeutung ihnen einst zukommen würde.

Alle Versuche, diesem evolutionär entstandenen System eine am Reissbrett geplante Alternative gegenüberzustellen, sind bislang kläglich gescheitert. Schuld daran war nicht die mangelnde Qualifikation der ausführenden Organe, auch die besten Wissenschaftler wären den Aufgaben der zentralen Planungsbüros niemals gewachsen. Gescheitert sind sie schon früher, nämlich an der «Anmassung von Wissen» (Hayek) der Systemdesigner.

### **Immer wieder verführend: Atavistische Instinkte und Machbarkeitsillusionen**

Für Intellektuelle mit kollektivistischem Weltverbesserungsdrang können die Botschaften der in der spontanen Ordnung zum Ausdruck kommenden liberalen Sozialphilosophie nur ernüchternd wirken und Widerstand erzeugen. Dies umso mehr, als die Motive für ihr Streben nach einer heilen Welt mit den Ur-Instinkten korrespondiert, die seit jeher als sozialer Kitt kleine Gruppen, in denen die Menschen als Stammesgesellschaften bislang den allergrössten Teil ihrer Existenz verbracht haben, über soziale Wärme stabilisieren. Hierzu zählen insbesondere Solidarität, Allmende, hierarchische Fürsorge und Einzelfallgerechtigkeit. Dieser Kitt funktioniert in Kleingruppen bis heute (Familien, Freundeskreise, Clubs).

Er taugt aber nicht für die Grossgesellschaft, die ihrer Natur nach anonym ist. In dieser kommt es für die gegenseitige Koordination auf abstrakte Regeln an. Hierzu zählen Eigentum, Vertragstreue, Geld und Wettbewerb, alles Institutionen, die eher soziale Kälte

---

ausstrahlen, weil sie sich in Reaktion auf die Bedürfnisse der sozialen Koordination in der anonymen Grossgesellschaft herausgebildet haben. An die Stelle der (dann nicht mehr umsetzbaren) fürsorglichen Einzelfallgerechtigkeit tritt als Funktionsvoraussetzung der Respekt vor allgemeinen Regeln.

Zwar beinhalten die menschlichen Ur-Instinkte auch Aggression gegen Fremde, während diese in der Grossgesellschaft als Tauschpartner gleichberechtigt integriert werden; dieser befriedende und antidiskriminierende Aspekt der offenen Gesellschaft scheint jedoch in «progressiven» Schichten bislang kaum zu verfangen.

Weil viele die soziale Wärme aus der Kleingruppe auch in der offenen Gesellschaft ersehnen, kann derjenige, der gegen die kalten Regeln der offenen Gesellschaft rebelliert, sich mit einem Appell an atavistische Instinkte (z.B. «nationaler Zusammenhalt») meist der Zustimmung grosser Bevölkerungsteile sicher sein. Entsprechend häufig werden sie strapaziert. Von daher ist der Sog hin zu kollektivistischen Politikentwürfen kaum zu bändigen – es sei denn, es würde in der Bildung klar auf diese Rolle der Urinstinkte eingegangen, damit beim Verstand jedes Mal die Alarmglocken schrillen, wenn Versuche unternommen werden, um uns zur Zustimmung zu dysfunktionalen Politik- und Gesellschaftsentwürfen zu verlocken.

Hinzu kommt, dass mit jeder grundlegenden Innovation auf dem Gebiet der Informationstechnologie neue Hoffnungen keimen, nicht länger auf die Informationseffizienz des marktwirtschaftlichen Systems angewiesen zu sein und die «technischen Hürden» der Zentralverwaltung endlich zu meistern. Dies war nach dem Aufkommen der ersten Grossrechner (von denen man

sich das Ausrechnen der «richtigen» Verrechnungspreise erhoffte) nicht anders als die Hoffnungen, die heute mit «Big Data» und Künstlicher Intelligenz verbunden werden (die das Auslesen der «wahren» Konsumentenpräferenzen ermöglichen sollen).

Viel spricht deshalb dafür, dass sich der Glaube an die Machbarkeit einer (wohlmeinenden) Expertokratie immer wieder in anderem Gewand erneuert. Darin liegen erhebliche Gefahren für die individuelle Freiheit und für eine hochkomplexe Zivilisation, die auf funktionsfähige Koordinationsmechanismen angewiesen ist und sich ständig weiter ausdifferenziert (vom erheblichen Missbrauchspotenzial durch weniger wohlmeinende Experten ganz abgesehen). Bislang haben alle kollektivistischen Grosseperimente Millionen von Menschenleben gefordert. Nichts spricht dafür, dass der nächste Grossversuch glimpflicher ausgehen würde.